

Ausklang des Iberoamerikagipfels

Situation Argentinens und EU-Subventionen standen im Vordergrund der Debatte

Der am Wochenende zu Ende gegangene XII. Iberoamerikagipfel liess am Samstag der vergangenen Woche die Angehörigen der argentinischen Delegation aufatmen. Grund war die ausdrückliche Grundsatzklärung des spanischen Regierungschefs José María Aznar und die auf dessen Initiative beruhende „Sondererklärung über Argentinien“ der Teilnehmer an der Gipfelkonferenz.

Zu Beginn dieser Folge von Ereignissen hatte ein informales 20-Minutengespräch Aznars mit Präsident Eduardo Duhalde am Rande der Konferenz am Samstagvormittag gestanden, das spontan stattfand. Darin hatte der spanische Staatschef Duhalde die vorgenannte Sondererklärung angekündigt. Kurz danach gab Aznar eine Pressekonzferenz, in der bereits bei der

Einleitung zweifelsfrei feststand, dass die argentinische Situation das bedeutendste Thema des Gipfels sein würde.

Ohne dass irgendeine diesbezügliche Frage gestellt worden war, hatte Aznar versichert, er hoffe und wünsche, dass es zu einem notwendigen Einverständnis zwischen Argentinien und dem Fonds komme und dass die Spitzenbeamten des Fonds die grössten Anstrengungen machten, um in kürzester Frist zu einem Abschluss zu kommen. Jedes Abkommen bedürfe einer politischen Substanz und die argentinische Regierung arbeite daran. Sie benötige dazu eine wirtschaftliche Basis neben der Garantie für eine Erfüllung der Verpflichtungen. Er erwarte es für ein Land, in dem sich tatsächlich die ersten Anzeichen von Erholung zeigten.

Aznar äusserte neuerlich sein weitgehendes Vertrauen in die Zukunft Argentinens.

Der Erklärung Aznars kommt gerade in einem Moment grosse Bedeutung zu, in dem die spanischen Unternehmer und Investoren in Argentinien Sturm für die Erhöhung der Tarife der öffentlichen Dienste laufen. Die geforderte Tarifierhöhung von 40 Prozent ist kein Pappentier. Der Fonds, der auch Erhöhungen fordert, begnügt sich mit 30 Prozent, während die Regierung politische Kosten scheut und mit zehn Prozent zufrieden wäre. Nicht von ungefähr war das Thema nicht Gegenstand der Unterredung Duhalde-Aznar, wie Aussenminister Carlos Ruckauf später mitteilte.

Neben der Sondererklärung über Argentinien schloss auch die-

ses internationale Treffen mit einer Erklärung. In dieser legten die lateinamerikanischen Länder Spanien und Portugal nahe, der Europäischen Union (EU) ihre Besorgnis über die Agrarsubventionen zu übermitteln. Der Aufnahme dieses Punktes und dessen Diskussion überhaupt war der beharrliche Widerstand der beiden europäischen Länder vorangegangen, da es ihnen Unbehagen bereitet, dieses Thema bei der EU zu berühren.

Aznar hatte ungeachtet seiner Goodwill-Demonstration gewisse Grenzen für den Text des Schlussdokuments gesetzt. Das erste, was gesagt werden müsse, sei, dass Europa der erste und bedeutendste Importeur von iberoamerikanischen Agrarprodukten sei, stellte der spanische Regierungschef dazu fest.

Wahlen um vier Wochen verschoben

Politische Vereinbarung der Mehrheit der Gouverneure und Parlamentarier

Das Geplänkel der letzten Wochen um die Internwahlen und die Macht im PJ bekam am Montag ein Glanzlicht aufgesetzt. Die Mehrheit der Gouverneure und die der Senatoren und Abgeordneten vereinbarten eine Änderung des Datums der Präsidentschaftswahlen und setzten als neuen Termin den 27. April fest. Derart würde der zweite Wahlgang, falls erforderlich, am 18. Mai stattfinden, eine Woche vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten.

Die Neuordnung der Fristen ist Teil eines Konsenspaketes politischer und wirtschaftlicher Massnahmen, die der Währungsfonds als Bedingung für einen Fortschritt in den bilateralen Verhandlungen fordert.

Der nach zweitägigen intensiven Verhandlungen in der Residenz in Olivos, an der Präsident Eduardo Duhalde und Wirtschaftsminister Roberto Lavagna teilnahmen, erreichte Konsens war unübersehbar gezeichnet von den internen Machtkämpfen im Peronismus. In dieser Auseinandersetzung muss sich Duhalde dem Ex-Präsidenten Carlos Menem und dem Ex-Gouverneur von San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, der im Lager Menems steht und mit einem Fuss bereits ausserhalb des PJ, stellen. Entsprechend dieser Grundsatzfehde beschlossen die Gouverneure der vier Provinzen, die nicht Gefolgsleute Duhaldes sind, die Vereinbarung nicht zu unterschreiben. Es sind Salta, La Rioja und La Pampa, die Menem treu sind, und San Luis, wo die Hausmacht Rodríguez Saás herrscht.

Der Rest der Gouverneure, auch die Nichtperonisten, und die Chefs aller Fraktionen im Kongress, unterzeichneten das drei Seiten starke Abkommen. Einige, darunter Aníbal Ibarra, der Senator Carlos Maestro und Néstor Kirchner unterzeichneten in Ablehnung mehrerer Punkte der Vereinbarung. Die Vereinbarung hat zwölf Punkte und ist eine Art Versprechenskatalog in bezug auf die Finanzbeziehung zwischen Nation und Provinzen einerseits und auf die wahlpolitischen, von der Legislative zu lösenden Fragen andererseits. Dazu gibt es eine Bezugnahme auf soziale Fragen, eine Erfordernis von brennender Dringlichkeit nach dem Bekanntwerden der Todesfälle von unterernährten Kindern, die regelrecht verhungerten.

Die Unbestimmtheit, wann die PJ-Internwahlen stattfinden sollen, bewirkte am Montag einen kleinen Aufruhr mit Spaltungstendenzen von Juan Carlos Romero (Salta), Formelpartner Menems, der Duhalde eine erbitterte Auseinandersetzung lieferte, Rubén Marín (La Pampa) und Alicia Lemme (San Luis). Keiner unterzeichnete, ebensowenig Menem und Elisa Carrió, ebenfalls Präsidentschaftskandidatin. Wenn eine derzeitige Initiative der Regierung Erfolg hat, wird der PJ am 16. März seinen Kandidaten wählen und nicht am 19. Januar, wie ursprünglich festgesetzt. Es ist der Termin, der Duhalde am meisten zusagt, weil er ihm Zeit lässt, einen Kandidaten aufzubauen, der gegen Menem in den Ring steigt. Dies, nämlich die Nominierung dieses Wunschkandidaten, wäre Sache eines Parteikongresses, an dessen Vorbereitung Duhaldes engste Mitarbeiter bereits arbeiten.

Es zahlen immer dieselben...

Es war dazu kaum eine umfangreiche statistische Untersuchung erforderlich, um am Ende sagen zu können, dass Argentinien in Dollar bemessen nach der Abwertung die niedrigsten Einkommen in ganz Lateinamerika hat. Allerdings kann man jetzt, und das ist ja auch schon was, auf die Untersuchung verweisend sagen, um die Kaufkraft der Einkommen im Dezember wieder zu erreichen, müssten sie um 33 Prozent erhöht werden. Erschreckend ist da der Umstand, dass heute das Durchschnittseinkommen 230 Dollar beträgt, was 1,35 Dollar pro Stunde entspricht. Im Vergleich dazu verdient der Brasilianer noch mehr und der Mexikaner doppelt soviel, ganz zu schweigen von europäischen Ländern, wo im Durchschnitt zwischen 1500 und 2500 Dollar monatlich bezahlt werden. Kein Wunder sind da die Fluchtbewegungen der Angehörigen von Nachbarländern wie etwa Peru, wo durchschnittlich der Gegenwert von 531 Dollar monatlich bei wesentlich niedrigeren Preisen verdient wird. Die Abwertung traf alle, doch entsprechend einer relativen Wahrheit, die eher Vernebelung ist als Wahrheit. Es zahlen auch diesmal dieselben, die immer zahlen.

Weil du arm bist, musst du sterben

Das Drama der unterernährten und verhungerten Kinder

Während sich ein Heer von Beamten, regierungsunabhängige Organisationen, die Kirchen, private und nicht zuletzt auch ausländische Helfer und Hilfsorganisationen der Hilfe für die Ärmsten der Armen widmen, sterben in verschiedenen Teilen des Landes Kinder an Unterernährung. Es sind dies Formen der Unterernährung, die für Argentinien neu sind, Formen, die bisher eher in Asien, und da in Indien, heimisch waren. Die Zahl der betroffenen Kinder ist trotz der weisen Reden mancher Politiker im Ansteigen begriffen. Auch die Kirche trägt dazu ein gerüttelt Mass an Schuld durch ihre jahrhundertalte starre Haltung in bezug auf praktisch alle medizinischen Mittel und Massnahmen zur Beendigung dieses Zustandes. Die Forderung, dass die Eltern verheiratet sein müssen, und die Einsegnung der Kinderleiche genügen einfach nicht, da dieser „Teufelskreis“ mit derart absurden Reaktionen auf die Realität unserer heu-

tigen Welt nicht zu unterbrechen ist.

Die Tatsachen jedenfalls sprechen gegen eine jenseitige Betrachtung von diesseitigen Misere. Eine vor kurzem publizierte Untersuchung der „Asociación de Profesionales Universitarios de la Administración Pública“ (Vereinigung von Akademikern der öffentlichen Verwaltung) in Jujuy hat ergeben, dass von den Kindern unter zwei Jahren 19 Prozent unterernährt sind. In der nächsten untersuchten Gruppe, nämlich den Kindern zwischen zwei und fünf Jahren, liegt der Anteil an Unterernährten bei 24,5 Prozent. Diese Zahlen werden an bestimmten Orten noch übertroffen und erreichen bis zu 36 Prozent.

Tartagal, ein geopolitisch wichtiger Ort in der Provinz Salta, wurde vor zwei Jahren bekannt, weil die Bewohner angesichts der Cholera-gefahr darauf aufmerksam gemacht werden mussten, dass das Wasser, das sie tranken, gekocht

werden muss. Ihr Wasser kam aus einem Bach in der Wildnis. Andernorts wurde das Wasser aus dem Grenzfluss zum Nachbarland konsumiert. Heute, gemäss der Untersuchung einer hauptstädtischen Zeitung, gibt es in Tartagal nicht wenige, die bis zu eine Woche lang nur Wasser trinken, um den Hunger zu stillen. Solidarität existiert dort nicht, wenn einer isst, tut er das allein.

Andernorts ist es zumindest ebenso schlimm, und man wundert sich, dass sogar in Provinzen, die wiederholt als Beispiel für gute Verwaltung genannt werden, die Zahl der Armen und der unter der Armutsgrenze Lebenden erschreckend hoch, zu hoch ist. In Santiago del Estero sind von 728.396 Einwohnern 57,3 Prozent arm, das heisst, dass sie gerade ihre grundlegenden Bedürfnisse erfüllen können. 8,8 Prozent aber vegetieren unter der absoluten Armutsgrenze. Hinsichtlich der Kindersterblichkeit schweigen sich die Behörden

aus. In Catamarca hat mehr als die Hälfte der Arbeitstätigen ein Einkommen unter 250 Pesos, was für eine Familie „tipo“ (zwei Erwachsene, zwei Kinder) kaum reicht.

Neben Tucumán, das in den letzten Wochen wegen der dort an Unterernährung gestorbenen Kinder wiederholt Gegenstand von Schlagzeilen war, ist aber Misiones die Provinz mit den wohl erschreckendsten Umständen. In dem hundert Kilometer von Posadas entfernt gelegenen Ort Guaraní leben 90 Prozent der 2000 Bewohner unter der Armutsgrenze. Für die meisten Kinder, von denen viele unterernährt sind, ist die Schulspeisung die einzige Mahlzeit am Tag. Die Behörden räumen ein, dass in diesem Jahr bereits 49 Kinder starben, zu gut Deutsch, sie verhungerten. Die Behörden nennen alle möglichen Ursachen, doch laut den Ärzten im Ort ist die Todesursache immer die gleiche gewesen, nämlich Unterernährung und nicht zu ersetzender Proteinmangel.

Neuer Wahlkalender

Zwanzig Gouverneure der 24 Gliedstaaten Argentiniens billigten am vergangenen Montag in der Präsidentschaftsresidenz von Olivos ein neues Abkommen mit sozialen, politischen und wirtschaftlichen Klauseln, die der weitgehend verfahrenen Landespolitik einen neuen Kurs aufprägen. Der Gouverneur von La Pampa, Rubén Marín, unterzeichnete später mit Vorbehalten.

Im ersten Paragraph werden die Sozialprogramme bestätigt, die längst unterwegs sind, um die Armut zu bekämpfen. Ausserdem soll ein neues Notprogramm in die Wege geleitet werden, das die dringendsten Probleme der schutzlosen Bevölkerung löst. Präsident Duhalde, der die Gouverneure für die zweitägige Sitzung in Olivos am gleichen Tag seiner Rückkehr aus der Dominikanischen Republik einberufen hatte, konnte mit dieser Formulierung das ihm und seiner Gattin Hilda, genannt Chiche, am Herzen liegende Sozialprogramme bestätigen, das über zwei Millionen Haushaltsvorstände mit 150 Pesos im Monat begünstigt. Die wirtschaftlichen Klauseln beziehen sich auf das Abkommen mit dem Währungsfonds (siehe Wirtschaftsübersicht).

Der fünfte Paragraph des Abkommens macht den Parlamentariern Beine, damit sie noch in der gleichen Woche die formelle Demission des Präsidenten per 25. Mai 2003 annehmen und das Datum der Präsidentschaftswahlen vom 30. März auf den 27. April 2003 verschieben, so dass die Stichwahl am 18. Mai abgehalten werden kann, wobei zudem das Gesetz Nr. 25.611 über offene und simultane Internwahlen aller Parteien für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen ausgesetzt werden soll. Letzteres begünstigt die Parteigewaltigen, denen offene Internwahlen unerschwinglich ein Gräuöl sind.

Der neue Wahlkalender wurde ohne Begründung beschlossen, obwohl klar ist, dass ein gewählter Präsident am 18. Mai nur über eine Woche verfügt, um sein Kabinett zu bestellen und das Regierungsprogramm vorzubereiten, das in der Antrittsrede vor dem Kongress angekündigt werden muss. Mit diesem Wahlkalender hat Duhalde erreicht, dass sein gewählter Nachfolger ihm nur diese letzte Woche zur Seite steht, was ihm die Regierungstätigkeit erleichtern soll. Die Deputiertenkammer verweigerte am Donnerstag die Behandlung dieser Vorlage, wogegen der Senat sie billigte.

Mit dem neuen Wahlkalender und der Aussetzung des Gesetzes über

die Internwahlen müssen die Parteiführungen selber entscheiden, wie und wann sie ihre Kandidaten aufstellen. Ohne besagtes Gesetz werden diese Wahlen anstelle der Justiz von den Parteibehörden überwacht werden, die auch für die Kosten aufkommen müssen. Die Nationalregierung sollte die Wahlen laut diesem Gesetz finanzieren. Parteiinterne Verlierer dürfen dann an den allgemeinen Wahlen teilnehmen, was ihnen das besagte Gesetz ausdrücklich verbot.

Die Radikalen werden vermutlich am 15. Dezember wählen, sofern ihnen die Regierung eine Schuld von 1,7 Millionen Pesos begleicht, weil sie mit leeren Kassen keine Internwahl abhalten können. Die Spendeinigung der Parteifreunde dürfte in Hinblick auf die mageren Siegesaussichten der UCR erlahmen.

Im Justizialismus steht die letzte Auseinandersetzung zwischen Expräsident Carlos Menem und dem jetzigen Übergangspräsidenten Eduardo Duhalde noch aus. Sie liefern sich laufend politische Schlachten, ohne dass zur Zeit ein Sieger in Aussicht stünde.

Duhalde hat mit der zweimaligen Sitzung des Parteitag, genannt Kongress, sowie mit der Gouverneurskonferenz deutliche Siege gezeigt. Menem kontrolliert immer noch den Parteivorstand, in dem der Gouverneur von La Pampa, Rubén Marín, stellvertretend den Vorsitz führt. Der Vorstand bestätigt den 19. Januar 2003 als Wahltag, den der von Duhalde kontrollierte Parteitag bestimmt hatte.

Was der für den 6. Dezember einberufene Parteitag diesbezüglich beschliessen wird, ist vorerst unerfindlich. Mit dem 19. Januar 2003 hat Menem seinen Widersacher auf das gleiche von diesem auf den vorherigen Parteitagen festgesetzte Datum festgenagelt. Menem hat die meisten Chancen, die parteiinternen Wahlen zu gewinnen. Duhalde unterstützt bisher keinen Anwärter, weil weder José Manuel de la Sota noch Néstor Kirchner laut Umfragen Menem besiegen können. Frau Duhalde wird diesbezüglich als Formelpartnerin gehandelt. Rodríguez Saá ist eingeschworener Gegner Duhaldes.

Solange über den parteiinternen Wahltag der Justizialisten keine endgültige Klarheit besteht, bleiben alle Mutmassungen über mögliche siegreiche Kandidaten ebenso in der Luft geschrieben wie bisher im Verlauf dieses schier endlosen Hintertreppenromans der Justizialisten.

WOCHENÜBERSICHT

Gefüllter Ex-Fonds

Im Kongress ist ein schier unlösbares Problem Auslöser für tief-schürfende Analysen von Senatoren und Abgeordneten geworden. Unter dem Rubrum „Entschädigungen“ existiert ein Fonds, der eine Art „Arbeitslosenversicherung“ für wegen Mandatsablauf ausscheidende Parlamentarier darstellt. Aus dem Fonds, der mit Abgaben aus den Diäten gespeist wird, erhalten Ex-Senatoren und Ex-Abgeordnete zwei Jahre lang eine „angemessene“ Unterstützung. Dieser Fonds ist abgeschafft worden, das Guthaben beträgt derzeit 700.000 Pesos. Derzeit werden zwei Optionen diskutiert: Die eine wäre die Verteilung unter den Palamentariern, die andere, das Geld einer gemeinnützigen Institution zu schenken.

Kirchners Versprechungen

Der Gouverneur von Santa Cruz und Vorkandidat Néstor Kirchner hat am Dienstag versichert, er wolle der Präsident der Produktion und der Arbeit sein, wenn er gewählt werde. Kirchner erklärte, sein Regierungsplan enthalte ein öffentliches Bautenprogramm, ein Förderprogramm für die Eisenbahnen und eine Luftverkehrspolitik, die am Ende den Argentinern ihre Flugesellschaft

wiedergeben werde.

Kleine UCR-Freude

Die Radikalen in Córdoba haben am Dienstag das Sprichwort vom Spatz und der Taube demonstriert. Sie gaben sich ein kleines Fest, als der radikale Bürgermeister des Ortes Coronel Baigorria, Danilo Daniotti, wiedergewählt wurde. Bei der Wahl in dem 270 Kilometer von der Provinzhauptstadt entfernt gelegenen Ort bekam der Wiedergewählte 54 Prozent der Stimmen.

Menems Ideen

Bei der menemistischen Version eines justizialischen Gipfels am Dienstag hat der Ex-Präsident und Präsidentschaftsvorkandidat Carlos Menem einen Einsatz der Streitkräfte gegen Delinquenten gefordert, was von der Verfassung ausdrücklich verboten ist. „Die Kriminalität muss bekämpft werden und dazu müssen die Sicherheitskräfte auf die Strasse gehen, und wenn es zweckmässig ist, auch die Streitkräfte.“ Damit nicht genug, forderte Menem die Ausrufung des Ausnahmezustands zur Senkung der Unsicherheitsrate. Rund 3000 Aktivisten und menemistische Funktionäre beklatschten beide Erklärungen begeistert.

Randglossen

Die Streitkräfte sollen in der Sicht Expräsident Carlos Menems im Notfall als zusätzliche Polizei zur Bekämpfung der Verbrecher eingesetzt werden. Das widerspricht den Gesetzen über Landesverteidigung und interne Sicherheit, die den Streitkräften nur die Verteidigung der Grenzen einräumt, wogegen die interne Sicherheit der Polizei zufällt. Menem sieht das anders und entspricht damit dem Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit der Bevölkerung. Eine Umfrage bestätigte den Vorstoss Menems mit 70 Prozent Zusage. Die Verunsicherung auf der Strasse, auf öffentlichen Plätzen und in der eigenen Wohnung ist dermassen gewachsen, nachdem täglich Polizisten und unschuldige Zivilisten ermordet werden, Räuberbanden ihr Unwesen treiben und Menschen entführt, gefoltert und erpresst werden, dass jede Lösung vom Volk begrüsst wird.

Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich die Bilder und Meldungen über den Tod einiger Kleinkinder in Tucumán, die der Unterernährung zum Opfer fielen. Dem Gouverneur der Zuckerprovinz Miranda blüht bereits ein Absetzungsverfahren, weil seiner Verwaltung vorgeworfen wird, sich der Unterernährung der Kinder nicht angenommen zu haben. Der Gouverneur klagt, dass die Bevölkerung zu rasch wachse, so dass die Regierung mit der Hilfe nicht nachkomme. Offensichtlich fehlt es an Organisation in der Provinz und der Gemeinde, damit die Unterernährung der Kinder behoben werden kann, für die ihre Eltern zuständig sind wie anderenorts im Lande. Dem Image Argentiniens in der Welt schadet die Tragödie der verstorbenen Kinder, denen es an medizinischer Betreuung und Nahrung fehlte, weil man in der Provinz nicht wusste, wie man dieses Problem löst.

Gefälligkeitsrente

In der Provinz La Rioja hat am Dienstag im Zusammenhang mit dem Skandal um die sogenannten „trucho“-Renten der Staatsanwalt Guillermo Marijuan bei Bundesrichter Jorge Urso die Vernehmung des ehemaligen Generalstaatsanwalts der Nation Angel Agüero Iturbe beantragt. Der Grund des Antrags ist der Umstand, dass Iturbe seit 1994 eine Rente bezieht, die ausschliesslich ehemaligen Beamten der geschlossenen Bank von La Rioja zusteht. Tatsache ist, dass der Jurist gemäss seinem seinerzeitigen Arbeitsvertrag „externer Berater“ der Bank war und in dieser Tätigkeit keinerlei Anspruch auf Ruhestandsleistungen erwarb.

Unregelmässigkeiten

Bundesrichter Juan José Galeano hat am Dienstag gegen den Vorsitzenden des Provinz-PJ und Abgeordneten Angelo Baltuzzi eine Vermögensbeschlagnahme in Höhe von 200.000 Pesos angeordnet. Dem Politiker, einem Gefolgsmann von Carlos Reutemann, werden Unregelmässigkeiten bei der Organisation von Umschulungskursen von Arbeitslosen, kurz Betrug zu Lasten des Staates, vorgeworfen. Auftraggeber und Finanzier der Massnahme war das Arbeitsministerium der Nation. Baltuzzi war Supervisor und Zahlungs-beauftragter.

Bordóns Kommentar

Der PJ-Präsidentschaftsvorkandidat Octavio Bordón hat am Mittwoch die Bedeutung des von der Regierung und den Gouverneuren

unterzeichneten Abkommens unterstrichen, weil es eine Vereinbarung mit dem Währungsfonds erleichtere. Der Ex-Senator trat in seiner Erklärung gegenüber der Presse für eine die Zahlungseinstellung vermeidende Vereinbarung mit den internationalen Finanzinstitutionen ein. Bordón stellte fest, es sei aber nicht opportun, Reserven zu verlieren, um die Stabilität aufrechtzuerhalten, die der neuen Regierung erlauben werde, einen Wachstumsprozess anzukurbeln.

Rektoratsbesetzung

Die „Academia Nacional de Educación“ (Nationalakademie für Bildung) hat am Mittwoch in einer offiziellen Erklärung ihre Besorgnis über die fünf Wochen andauernde Besetzung von Räumlichkeiten des Rektorats der Universität von Buenos Aires durch Studenten geäussert. In der vom Akademiepräsidenten Avelino Porto unterzeichneten Erklärung wird zwar eine gewaltsame Räumung nicht direkt erwähnt, doch enthält der Text einige indirekte Hinweise.

Gouverneur im Visier

Fünf regierungsunabhängige Organisationen haben bei der Legislative der Provinz Tucumán einen Antrag auf einen politischen Prozess gegen Gouverneur Julio Miranda gestellt. Dem Gouverneur, der sich derzeit ausserhalb der Provinz aufhält, wird in dem Text vorgeworfen, für den Tod von zehn in den letzten Wochen an Unterernährung gestorbenen Kindern verantwortlich zu sein.

Teutonia-Erfolge

Buenos Aires (AT) - Bei den offenen argentinischen Rudermeisterschaften vom vergangenen Sonntag war der Ruderverein Teutonia mit fünf Titeln erfolgreichster Klub. Der Achter, das Teutonia-Paradeboot, wurde nach einem Jahr Pause wieder argentinischer Meister. Gaston Goñi, Ariel Cabrera, Christian Hilbing, Ariel Suarez, Marcos Morales, Walter Naneder, Diego Wehrend, Juan Abadie und Steuermann Carlos Kmetiuk siegten vor dem Boot aus Ecuador. Fünf Ruderer aus der Achter-Besetzung holten auch in anderen Bootsklassen Meistertitel. Ariel Suarez gewann das Einer-Rennen (Senior A-Klasse) und die Copa Alberto Demidi. Naneder und Morales sicherten sich den Titel im Zweier ohne Steuermann der Senior A-Klasse. Im Leichtgewicht-Zweier ohne Steuermann wurden Wehrend und Abadie argentinische Meister. Einen weiteren Titel holte die Teutonin Milka Kraljev im Einer ihrer Altersklasse. Gute Platzierungen erreichten Martín Cambareri und Carlos Palermo im Doppelzweier (3. Rang in der Senior B-Klasse) sowie Rodrigo Rufz und Oscar Farina (Zweier ohne Steuermann) mit ihrem 2. Platz in der Jugendklasse.

Glorreicher Tanz um die Fahne

Maximiliano Guerra und sein „Ballet del Mercosur“ setzen Zeichen der Solidarität

1992 tanzte er den Primo Ballerino an der Deutschen Oper Berlin. Maximiliano Guerra gilt schon längst als einer der bedeutendsten zeitgenössischen Tänzer auf der internationalen Bühne. Preisgekrönt für sein überaus vielseitiges Repertoire klassischer und moderner Interpretationen, ist Guerra darüber hinaus für sein soziales Engagement bekannt. Vor zwei Jahren machte die UNESCO ihn zu einem ihrer Friedensbotschafter.

In diesem Sinne ist vielleicht das Leitmotiv seiner neuen Show zu verstehen, mit der er und das „Ballet del Mercosur“ seit August in Argentinien auf Tournee sind: „Con gloria morir“, ein Zitat aus der argentinischen Nationalhymne, ist eine Art moralische Unterstützung in Zeiten der Krise und eine Geste der Solidarität. So ging der Erlös der Vorstellung vom 14. November, eine von insgesamt zwölf in Buenos Aires, zugunsten der Weihnachtsaktion von Caritas „Un llamado en Navidad“.

Am Ende gab es stehende Ovationen im Teatro Broadway. Sichtlich bewegt war das Publikum, als die Worte „Juremos con gloria morir“ in der Rockversion von Charly García zum abschließenden Tanz um die argentinische Fahne erschallen. Der nicht enden wollende Beifall galt aber sicherlich nicht nur dem Abschlussstück des zweistündigen Spektakels, sondern vor allem der ausgezeichneten tänzerischen Leistung aller Beteiligten.

Das Programm, eine gelungene Mischung aus klassischen, moder-



nen und folkloristischen Tanzelementen, erntete nicht nur Applaus am Schluss, sondern, und das ist das eigentlich Kuriose, auch mehrmals Lachsalven während der Darbietung. Höchst ungewöhnlich für eine Ballettvorführung, von der man sonst eher stoische Mienen der Tänzer gewohnt ist. Das lag daran, dass Guerra diesmal insgesamt mehr schauspielerische Akzente innerhalb der Darbietung setzte. Die Höhepunkte waren „Paso a Tres“, aber vor allem „Capricho“, ein Stück, bei dem das Humoristische gegenüber dem Tänzerischen überwiegt. Zu der Musik von Paganini und der Choreographie des Brasilianers Silvano Tindaro beherrschten Guerra und seine Partnerin Jorgelina Platania das Spiel mit der Mimik, das an einen komödiantischen Stummfilm erinnerte, vortrefflich.

Hervorzuheben ist auch die vielfältige und sehr stimmige musikalische Gestaltung insbesondere der modernen Stücke. Bei „Arms“, von dem Italiener Mauro Bigonzetti eigens auf Guerra zugeschnitten, lässt der Argentinier zu Hindu-Musik seine Muskeln spielen, bei „La Pisada“, eine Choreographie der Argentinierin Susana Szperling, tanzen zwei Paare des „Ballet del Mercosur“ zu der Musik von Axel Krygier unter anderem auf die Folklorehythmen Chamamé und Pericón.

In Buenos Aires ist die Show noch heute und morgen im Teatro Broadway zu sehen. Nächstes Jahr steht eine Europa-Tournee bevor. **SH**

Argentinische Love-Parade

Wer vergangenen Samstag in Puerto Madero unterwegs war, bemerkte es sofort. Irgendetwas war anders in dieser Nacht. Massenweise strömten die Leute zum Dique 1, wo eine riesige Open-Air-Party schon seit nachmittags im Gange war: das Creamfields-Festival. In den 90er Jahren in Liverpool entstanden, erlangten die legendären Cream-Partys im Laufe der Zeit Kult-Status unter den Fans der Electronic-Musik und wurden in die ganze Welt exportiert. So entstand die Marke Cream.



(AP-Foto)

Bereits zum zweiten Mal fand das Festival in Buenos Aires, obwohl wegen der Sicherheitsauflagen der Stadt hermetisch abgeriegelt, mit vollem Erfolg statt. Über 25.000 argentinische Raver aller Altersklassen ließen sich auch von den saftigen Eintrittspreisen nicht abschrecken. 40 Pesos kostete die Karte an der Abendkasse. Doch dafür war die Stimmung umso besser.

In der brechend vollen Cream-Arena heizte, im wahrsten Sinne des Wortes, der argentinische DJ Hernán Cattáneo die Stimmung so an, dass die Menge immer wieder in spontanen Beifall ausbrach. Szenen, die man normalerweise nur von Konzerten kennt, wenn überhaupt. Ihn löste später der Japaner Satoshi Tomiie ab, bis schließlich, um 4.30 Uhr morgens, der DJ Nick Warren, einer der internationalen Stars der Dance-Musik-Szene, zum Abschluss die Masse noch mal so richtig zum Brodeln brachte.

Nicht weniger prominent war die Besetzung in den anderen Zelten. Unter anderem legten dort Timo Maas aus Deutschland, und, zum ersten Mal in Buenos Aires, der New Yorker Frankie Knuckles, Vater der House-Musik, auf.

So ein Mega-Event will finanziert sein. 1,5 Millionen Dollar kostete die Veranstalter die letzte Party in Liverpool. Wen wundert da die aggressive Merchandising- und Sponsoring-Strategie. Vom Spirit der einstigen Privat-Partys war da wenig zu spüren.

SH

AUSFLÜGE UND REISEN

Themenpark Tierra Santa erweitert

Tierra Santa an der Avenida Costanera Norte bei der Ciudad Universitaria ist erweitert worden. Der grosse biblische Themenpark bietet als Neuheiten eine Fotoschau vom Besuch des Hl. Vaters sowie die Cúpula de los Milagros, so dass man nunmehr bis zu drei Stunden benötigt, um die ganze Anlage zu durchwandern. Es gibt arabische Speisen, eine Bühne mit Tanzeinlagen und Töpfer, die ihre Handfertigkeit zur Schau stellen.

Tierra Santa ist von Donnerstag bis Sonntag zwischen elf und 23 Uhr geöffnet und besitzt einen eigenen Parkplatz. Der Eintritt für Erwachsene beträgt sieben Pesos. Bisher haben über zwei Millionen Menschen die Schau besucht.

Es besteht das Projekt, angrenzend Tierra Patria einzurichten, ein historischer Themenpark, wo das Buenos Aires zwischen 1810 und 1870 in getreuer, grössenmassstäblicher Nachbildung gezeigt werden soll. Besonders Schulklassen kann damit eindringlich veranschaulicht werden, wie es am 25. Mai 1810 zugegangen sein muss, aber auch, wie „das grosse Dorf“ damals aussah, bevor es sich zur Weltstadt wandelte.

Fotosafari in der Pampa

Als der Hirsch aus dem Gebüsch tritt, legt der Mann sein Sturmgewehr an, den Kolben fest an die Schulter gepresst, und nimmt das Tier ins Visier. Dann drückt er ab. Doch nur ein leises Klick statt eines Schusses ertönt: Der Jäger hat soeben mit seiner telebestückten Kamera ein Wild erlegt, das nun majestätisch davonschreitet und er auf den Film gebannt hat.

Diese Szene wiederholt sich fast täglich in der unendlichen Pampa vor den Toren von Buenos Aires. Photohunters (Fotojäger) nennt sich das Unternehmen, das Interessenten zu Fotosafaris führt und jeden Teilnehmer gleich auch mit einer Pentax-Kamera mit Teleobjektiv ausrüstet, die auf einem gewehrartigen Stutzen montiert ist, so dass man genauso wie beim Schiessen zielt, nur dass trotz der langen Brennweite des Objektivs ein Verwackeln unwahrscheinlich ist, da der Kolben an der Schulter aufgelegt wird.

Den Teilnehmern wird das Gerät im Rahmen der Tour zur Verfügung gestellt, jeder Ausflug mit einer Asado-Criollo-Einlage dauert zwischen sechs und neun Stunden, Auskunft im Internet über www.photohunter.8m.com oder Fernruf 4777-7458.

Marlú

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs be-
trug Freitag nachmittags \$ 3,55.** Die
Terminkurse betragen zum 29.11. \$
3,54, zum 31.12. \$ 3,64, zum 31.1. \$
3,69, zum 28.2. \$ 3,76 und zum 31.3.
\$ 3,85.

**Der Mervalindex stieg in der Be-
richtswoche zum Donnerstag um
10,2% auf 487,09,** der Burcapindex
um 7,6% auf 1.622,96 und der Bör-
senindex um 8,8% auf 25.064,74.

**Der durchschnittliche Rind-
fleischpreis (kg Lebendgewicht in
Liniers) fiel in der Berichtswoche um
2,6% auf \$ 1,9243.**

**Die Gold-, Devisen- und Anla-
genreserven der ZB betragen am
15.11. US\$ 9,78 Mrd., der Bankno-
tenumlauf \$ 15,88 Mrd.** Eine Woche
zuvor waren es US\$ 9,90 Mrd. bzw. \$
15,89 Mrd., einen Monat zuvor US\$
9,46 Mrd. bzw. \$ 15,51 Mrd. und ein
Jahr zuvor \$ 18,82 Mrd. bzw. \$ 10,57
Mrd.

**Das Cuenca Marina Austral
Konsortium an dem Total Austral,
der 2. grösste Erdgasförderer des
Landes, 37,5% hält, hatte im Okto-
ber 01 Investitionen für US\$ 400
Mio, angekündigt, um seine Carina
und Aries Off-shore-Gaslager vor
der feuerländischen Küste auszu-
bauen.** Weitere Partner des Konsorti-
ums sind Wintershall mit ebenfalls
37,5% und Pan American mit 25%.
Anfang dieses Jahres wurde das Vor-
haben wegen der durch Abwertung und
Pesifizierung entstandenen Lage aufs
Eis gelegt. Nun sollen für US\$ 200
Mio. im Meer 2 Bohrinseln verankert
und die Rohrleitungen zum Festland
verlegt werden. Im 2. Quartal 03 wer-
de entschieden, ob die Aufbereitungs-
anlagen am Festland gebaut und der
Betrieb aufgenommen wird. Wenn ja,
könnte das Carinalager im März 05 zu
liefern beginnen.

**Pioneer Natural Resources, USA,
investiert in Cutral C6, im Neuquén
Becken, US\$ 23 Mio. in eine Anlage
zur Gewinnung flüssiger Kraftstof-
fe aus Erdgas.** Nach eigenen Anga-
ben hat die Firma in Argentinien seit
1993 US\$ 770 Mio. investiert, davon
US\$ 550 Mio. in Cutral C6 und Plaza
Huincul.

**Nach 3 1/2jähriger Partnerschaft
hat die von Pérez Compagnon kontro-
lierte Molinos Rio de la Plata ihre
35%ige Beteiligung an der Trigalia
Getreidemühle an Cargill verkauft.**
Die multinationale Cargill besitzt nun
100% der Firma.

**Produktionsminister Fernández
erklärte, angesichts der Krise in der
Milchwirtschaft könnte Argentinien
03 gezwungen sein, Milch einzufüh-
ren.** Von 10,5 Mrd. l 1997 sei die
Milchproduktion auf 8 Mrd. l in die-
sem Jahr zurückgegangen.

**Die argentinische Scaniafiliale
hat von Juli bis Oktober 155 Lkw
nach Russland geliefert.** Die Fahrzeu-
ge wurden im Scaniawerk in der Pro-
vinz Tucumán montiert.

**Nach der Gläubigereinberufung
hat die Justiz nun den Konkurs des
Damenwäschegeschäftes Etam ver-
fügt.** Mitte 01 hatte Etam ein Franchi-
ngssystem vorgeschlagen, das von den
Gläubigern nicht angenommen wurde.
Etam schuldet ihnen Konsignationswa-
re und US\$ 3,2 Mio.

**Kleine und mittelständische Un-
ternehmen (Pymes), die sich zu Ex-
portkonsortien zusammengeschlos-
sen haben, ersuchten die Regierung
um eine Gesetzgebung dafür.** In Ita-
lien würden Verkäufe von Pymes an
ihre Exportgesellschaft rechtens als
Ausfuhren betrachtet und von der
MwSt. befreit.

**Der Absatz von Baumaterial hat
von Juni bis Oktober ohne Saison-
bereinigung um 26% und mit Sai-
sonbereinigung um 18,5% zugenom-
men.** Als Ursache wurden Wohnungs-
reparaturen angegeben, die 16.000 di-
rekte und 7.000 indirekte Arbeitsplät-
ze geschaffen hätte. Die Angaben wur-
den aufgrund der Verkäufe des gros-
sen Baumaterialunternehmens wie
Loma Negra, Klaukol, Aluar Fertig-
produkte, Masisa, Acqua System, El
Milagro, Later-Cer/Cerámica Quilmes,
AcerBrag und Eternit-Durlock vom
Construya-Index ermittelt.

**Die Industrieproduktion legte im
Oktober im Vormonatsvergleich sai-
sonbereinigt um 0,5% und ohne Sai-
sonbereinigung um 2,6% zu.** Im Vor-
jahresvergleich nahm sie um 4% bzw.
4,5% ab, wie dem EMI-Index des Sta-
tistikamtes zu entnehmen ist. Der Vor-
jahresvergleich der ersten 10 Monate
ergibt ein Minus von 13,4%. Am mei-
sten nahmen Kfz-Reifen um 36,9% zu,
Glas um 26,1% und Gewebe um
25,1%. Die stärksten Abnahmen ver-
zeichneten Verlage und Druckereien
33,9%, Fisch und Geflügel 29% und
Kunstfasern 24,5%.

**In den ersten 9 Monaten 02 hat
Repsol-YPF in Argentinien \$ 1,81
Mrd. investiert.** Die Investitionen
wurden in den Neuquén- und San Jo-
gebecken für Erschliessung und För-
derung sowie in 3 Raffinerien und dem
Tankstellennetz getätigt.

**Die Bankenvereinigungen ABA
und Abapra haben beim Obersten
Gerichtshof gemeinsam ein per sal-
tum in der Frage der Schutzreku-
se gegen Depositeneinfrierungen
beantragt.** Es wurde angesucht, dass
sich die oberste Rechtsinstanz direkt
des Falles annimmt, der durch ein in
Mar del Plata gefälltes Urteil entstan-
den ist. Dort wurde von einer Einzel-
klage ausgegangen und 14.000 Bank-

kunden ermächtigt, ihre eingefrorenen
Einlagen abzuheben. Da ein derartiges
Urteil auch von anderen Gerichten des
Landes gefällt werden könnte, wurde
angesucht, dass die letzte Rechtsin-
stanz dieses erstinstanzliche Urteil di-
rekt als ungültig erkläre, ohne dass es
alle Instanzen durchlaufen müsse. In
einem wegen der erfolgten Schnellig-
keit ungewöhnlichem Rechtsspruch
hat der Oberste Gerichtshof dieses
Ansuchen, sowie das per saltum An-
suchen vom Oktober gegen die Rechtmä-
ssigkeit der Schutzrekuere gegen
Depositeneinfrierungen, zurückgewie-
sen. Die Regierung will jetzt einen
politischen Prozess gegen den Richter
von Mar del Plata, der sein Amt vor
14 Tagen angetreten hat, einleiten

**Unabhängige argentinische Ho-
teliers bilden die Orho (Organiza-
ción Hotelera) Hotelkette mit 23 Be-
trieben, um den grossen internatio-
nalen Konzernen die Stirne zu bie-
ten.** Mittelfristig sollen weitere Hotels
in Argentinien, Brasilien, Uruguay und
Chile dazukommen. Die Hotels der
Orhokette setzen rd. \$ 28 Mio. im Jahr
um. Unter ihnen befinden sich Fünf-
sternebetriebe wie das Córdoba Plaza,
Viersterne wie das Gran Hotel Paraná
und Dreisterne wie das Crillón in Men-
doza. Die Übernachtungen kosten von
\$ 65 bis \$ 210.

**Der vor 4 Jahren geschlossene
Nelson Schlachthof in Santa Fe
nimmt den Betrieb wieder auf.** Fin-
excor, der Schlachthof mit der grössten
Hiltonquote, hat ihn von der Banco
Francés, Inhaberin der restlichen Kon-
kursmasse, für einen nicht genannten
Betrag erworben. Bereits im März hatte
Finexcor die Einrichtungen für \$
600.000 gekauft. Der Schlachthof soll
ab September 03 schrittweise in Be-
trieb genommen werden.

**Einem Bericht von Human Ca-
pital Consulting zufolge haben die
wichtigsten hier ansässigen spani-
schen Unternehmen durch die Krise
eine Entwertung ihrer Aktiven
von US\$ 12,54 Mrd. erfahren.** Dabe-
i sei der Finanzbereich nicht einge-
rechnet. Im 1. Quartal 02, dem Höhe-
punkt der Krise, haben sich die Passi-
ven dieser Unternehmen durch Ab-
wertung und Dollarschulden auf \$
24,88 Mrd. verdoppelt. Die Ermittlun-
gen wurden von der Fucaes, den Mit-
gliedern der Spanisch-Argentinischen
Handelskammer, durchgeführt: Aguas

Argentinas, Autopistas del Oeste,
BBVA Banco Francés, Banco Río,
Cementos Avellaneda, Dycasa, Ende-
sa, Gas Natural Ban, Indra, Mapfre,
Prosegur, Repsol-YPF und Telefónica.
Diese Unternehmen haben in Argenti-
nien 70.000 Arbeitsplätze geschaffen
und indirekt weitere 115.000. In den
90er Jahren haben sie US\$ 19,4 Mrd.
an Steuern bezahlt und in diesen Jah-
ren rd. US\$ 40 Mrd. investiert.

**Die Wirtschaftsführung gab die
Freigabe von \$ 300 Mio. bekannt,
womit Neuwohnungen durch Zah-
lungen mit Boden-Bonds gebaut
werden können.** Die Regierung wer-
de nach erstellter Baubestätigung 30%
für die 23.000 Sozialwohnungen be-
tragen, die in spätestens 8 Monaten
fertiggestellt werden müssen. Damit
sollen die Fonavi-Wohnbaufonds, die
die Provinzen erhalten, sinngemäss
eingesetzt werden. Ausserdem werde
der Staat Vorschüsse für unerlässliche
Bauvorhaben wie die Jama-Passtrasse
in Jujuy und die Brücke zwischen Ro-
sario und Victoria leisten.

**Der Allgemeine AFIP-Beschluss
Nr. 1377 verfügt, dass Beitrags-
pflichtige der Moratorien von 01
und 02, die Ratenzahlungen nicht er-
füllt haben, auch wenn das Morato-
rium dadurch hinfällig geworden ist,
ihre Lage in Ordnung bringen könn-
en.** Dazu müssen sie bis zum 20.12.
Barzahlungen leisten oder sich beim
Finanzhilfplan eintragen.

**In diesem Jahr hat das Finanz-
system durch Schutzrekuere bisher
\$ 7,85 Mrd. eingeblusst.** Ab Juli ha-
ben die Geldentnahmen nachgelassen.

**DaimlerChrysler bietet nun
ebenfalls die Möglichkeit, fabrikk-
neue Kfz mit Getreide zu bezahlen.**
Der Partner für die Entgegennahme des
Erntegutes ist Louis Dreyfus & Cía.

**Gegenwärtig werden 29 Argenti-
nien gewährte Weltbankkredite
schrittweise ausgezahlt.** Bis Dezem-
ber 03 müssten US\$ 1,8 Mrd. ausge-

**KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS**

IVES Compra adornos, cristalería, por-
celanas, antigüedades, muebles, obje-
tos varios, 4791-4287.

SERVICIOS DIGITALES



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Bergbau verklagt den Staat

Seit die Rechtsabteilung des Schatzamtes die Auffassung durchgesetzt hat, dass der Wirtschaftsnotstand die Ausnahmebestimmungen aufgehoben hat, die die freie Verfügbarkeit über Devisenerträge aus Ausfuhrgeschäften gewährt haben, sahen sich sowohl Erdölgesellschaften als auch Bergbaubetriebe eines ihnen zustehenden Rechtes beraubt.

Die Erdölgesellschaften, die für etwa US\$ 4,8 Mrd. im Jahr exportieren, haben mit der Regierung ein Dekret ausgehandelt, das vor der Unterzeichnung stehen soll. Mit ihm soll sich die Regierung verpflichten, die vereinbarten Bestimmungen von 1989 einzuhalten. Im Gegenzug verpflichten sich die Unternehmen, der Zentralbank durch sechs Monate ihrer Deviseneingänge abzuliefern.

Die Bergbauunternehmen, die für rd. US\$ 700 Mio. im Jahr exportieren, zogen es vor, den Rechtsweg zu beschreiten. Das ursprüngliche Gesetz verpflichtete die Erdölgesellschaften, 30% ihrer Exporteingänge abzuliefern, während diese Verpflichtung für den Bergbau nicht bestand.

Das erste Bergbauunternehmen, das Verhandlungen ablehnte war die südafrikanische Anglo Gold, die im Juli den 46,25%igen Anteil am Cerro Vanguardia Vorkommen in der Provinz Santa Cruz von der Pérez Compancgruppe erworben hatte. Anglo Gold legte mit dem Vorbehalt weiterer Rechtsschritte einen Schutzrekurs gegen die Aufforderung der Regierung ein, die erworbenen Devisen abzuliefern. Die ihr zustehenden Rückerstattungen wegen der Verschiffungen über patagonische Häfen wurden der Firma ebenfalls verweigert.

Dem Standpunkt der Unternehmer zufolge gebe es nichts zu verhandeln. Das Bergbau-Investitionsgesetz sichere den Unternehmen eine Anzahl von Rechten. Wenn gegen diese verstossen wird, gebe es dafür zuständige Instanzen. Das war die Tonart, die beim zweiten Bergbau- und Infrastrukturtreffen in Puerto Madryn vorherrschte, das vor rd. 14 Tagen abgehalten wurde.

Unter den von den Regierungsmassnahmen betroffenen Bergbaubetrieben befinden sich einige der bedeutendsten Firmen der Welt: Das Bajo la Alumbrera Vorhaben gehört MIM Holdings, BHP Billiton und Rio Tinto, Salar del Hombre Muerto der FMC Corporation und Cerro Vanguardia und Borax der Rio Tinto, die zusammen für US\$ 550 Mio. im Jahr ausführen.

Seit einigen Monaten übt die ZB Druck auf die Bergbauunternehmen aus, um Informationen darüber zu erhalten, bei welcher Bank welche Beträge abgerechnet wurden. Ursache sei die Notwendigkeit der Regierung, jetzt Dollar zu erhalten, da die Saison der bedeutenden Eingänge aus den Agrarexporten ausläuft. Die Unternehmen stehen auf dem Standpunkt, sie seien dazu nicht verpflichtet und verkaufen nur die Devisen, die sie zur Deckung ihrer hier anfallenden Verpflichtungen benötigen, die zwischen 40% bis 50% ihrer Ausfuhr ausmachen.

zahlt werden, zu denen US\$ 600 Mio. für das Programm der Subventionen für Familienoberhäupter kommen. Die Auszahlung der gewährten Kredite läuft vorläufig weiter, aber nur wenn binnen 30 Tagen ab dem 15. November (als die Amortisationsrate eines fälligen Kredites nicht gezahlt wurde) die Lage normalisiert wird. Insgesamt schuldet Argentinien der Weltbank US\$ 8,3 Mrd., von denen (Kapital plus Zinsen) bis Ende 03 US\$ 3,37 Mrd. gezahlt werden müssen. Dem IWF müssen im Dezember noch US\$ 45 Mio. gezahlt werden und im Jahr 03 US\$ 6,02 Mrd. an Kapital, plus der anfallenden Zinsen. Bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) werden im Dezember US\$ 719 Mio. fällig und im Jahr 03 US\$ 1,68 Mrd.

Der Kfz-Agenturenverband ACARA gab bekannt, dass durch den Kaufplan fabrikneuer Kfz mit Boden2012-Bonds in den nächsten rd. 30 Tagen 15.000 Einheiten abgesetzt werden. Der von der Wirtschaftsführung dafür bestimmte Höchstbetrag

könnte in der kommenden Woche erschöpft sein. Die erste Tranche der vorgesehenen \$ 300 Mio., \$ 150 Mio., wurde voll beansprucht. Die zweite Tranche begann am Montag. Von ihr werden im Schnitt \$ 10 bis 15 Mio. pro Tag verbraucht.

Die ersten Bankbilanzen des 2. Quartals weisen ausser bei Finanzinstituten mit geringen Einlagen und Kreditmengen im Vorjahr, bedeutende Verluste aus. Die Hypothekenbank verlor im 1. Quartal \$ 851 Mio. und im 1. Halbjahr \$ 2,01 Mrd. Die Banco Galicia - \$ 105,1 Mio. bzw. - \$ 420,1 Mio. Dem Betrag steht der im Oktober für das 1. Quartal angegebene Verlust von \$ 1,28 Mrd. gegenüber. Der Unterschied wird durch die Anwendung der ZB-Norm A 3800 erklärt. Die Riobank hatte \$ 287 Mio. bzw. \$ 346 Mio. Verlust und die Banco Francés gab für das 2. Quartal \$ 290 Mio. Verlust an.

Die deutsche HypoVereinsbank (HVB) sucht den Zusammenschluss

Steueramt überwacht Auslandsgeschäfte

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) verschärft seine Kontrollmassnahmen und hat verfügt, dass alle Geschäftsabwicklungen zwischen Vertretern ausländischer Unternehmen und inländischer Firmen in ein Informatiksystem eingebracht werden müssen. Gleichzeitig wurde ein Abkommen zwischen dem Ermittlungsdienst der AFIP und dem Geheimdienst SIDE über gegenseitige Datenkreuzungen von Ermittlungen unterzeichnet.

Nach Lesarten am Platz sollen die ersten Ziele der neuen Verfügungen Geschäfte von Vertretern uruguayischer Firmen sein, die hier im Namen dieser Firmen Güter wie Yachten, Countryclub-Wohnungen, Landbesitz usw. kaufen, damit hier Gewinn- und Vermögenssteuern hinterzogen werden können.

Mit dem Allgemeinen Beschluss Nr. 1875 hat die Steuerbehörde verfügt, dass hiesige Dienstleister wie Notare, Banken, Börsen, Versicherungsgesellschaften, Wechselstuben usw., sowie die Vertreter ausländischer Personen oder Unternehmen die geforderten Angaben auch dann machen müssen, wenn dabei keine Zahlung erfolgt ist. Die genannten Vertreter müssen sich zwischen dem 2. und 20. Dezember über ihre Website in das entsprechende Register eintragen.

Indec-Studie über Pharmaindustrie

Nach Ermittlungen des Statistikamtes Indec bei 57 der 75 argentinischen Pharmabetriebe, haben vier derselben. Roemmers, Bagó, Roche und Novartis Pharma, 25% Marktanteil. Weitere rd. 25% Marktanteil werden von den acht nächstgrössten gehalten, womit die Hälfte des Marktes von einem Dutzend Unternehmen beherrscht wird. Die andere Hälfte geht an die restlichen 45 Hersteller.

Diese 57 Unternehmen haben im Vorjahr \$ 2,93 Mrd. umgesetzt. Das seien 85% des gesamten Vorjahresumsatzes von \$ 3,44 Mrd. gewesen. Der von den zwölf grössten Unternehmen getätigte Umsatz erfolgte beinahe ausschliesslich auf dem Binnenmarkt. Nur 6% wurden durch Exporte getätigt. Diese wurden mit hier hergestellten Pharmaprodukten durchgeführt, d.h. dass in diesem Bereich praktisch keine Dreiecksgeschäfte bestehen.

Dem Indecbericht zufolge sind 71% der hier verkauften Medikamente heimische Produkte. Direkt importierte und hier nur verpackte Medikamente machen weitere 23% des Absatzes aus. Allerdings enthalten viele der hier hergestellten Arzneien importierte Anteile und Wirkstoffe.

der europäischen Inhaber argentinischer Schatzscheine um gemeinsam zu vorgehen. Es gehe um insgesamt E 1 Mrd., die von einer Interessengemeinschaft mit Sitz in Irland vertreten werden sollen.

Das Aussenministerium hat seine ersten Beamten ernannt, die im Rahmen des Aussenhandel-Entwicklungsprogramms in Privatunternehmen mitarbeiten werden, um den argentinischen Aussenhandel zu fördern. A. Funes Lastra wird Mitarbeiter von Ledesma SA, C. Layús von Swift, S. Warckmeister von Dupont Argentina, C. Solari Irigoyen von Arcor und E. Lozano von Aceitera General Deheza. Die Beamten sollen die Verbindungen zwischen den Unternehmerverbänden, den Exportunternehmen und dem Aussenministerium schaffen und als Berater tätig sein.

Die Kommission zur Neuaushandlung von Konzessionsverträgen für öffentliche Dienste hat von einer allgemeinen Wassertarifierhöhung durch Aguas Argentinas abgeraten und erklärt, mit den derzeitigen Einnahmen könne das Unternehmen seine Spesen decken und Instandhaltung und Notreparaturen aufrecht

erhalten. Seit Konzessionsbeginn 1993 hätten die Tarife für die Wasserver- und -entsorgung für Haushalte im Durchschnitt um 62% zugenommen. Eine Tarifierhöhung dürfe nur Verbraucher mit höheren Einkommen treffen. Zu der IWF-Forderung einer allgemeinen Tarifierhöhung von 30% und der Unternehmensforderung von 42% für 2002/3 raten die Fachleute der Kommission der Regierung, vorerst Nichterfüllungen von Konzessionsbedingungen zu untersuchen und die Anwendung der festen Gebühren zu überprüfen, die für Netzerweiterungen vorgesehen waren. Aguas Argentinas erklärte, die Abwertung bedeute für das Unternehmen eine Verschiebung des Einnahmen-Ausgaben Verhältnisses von \$ 1,7 Mrd. Durch das Aufschieben von Investitionen und Schuldfähigkeiten könne diese Verschiebung auf \$ 350 Mio. verringert werden, die mit 10% Tarifierhöhung und der MwSt-Verringerung auf die Hälfte korrigiert werden könnte.

Der Pressgas-Anwendungsplan ist im Parlament eingebracht worden. Die Regierungsvorlage sucht, den öffentlichen Kfz-Transport auf Pressgas umzurüsten. Dazu sollen neue Anlagen entwickelt und auch eine Ex-

Treuhandfonds für Ausfuhrfinanzierungen

Nach Vorarbeiten, die mehrere Monate in Anspruch genommen haben, konnten die ersten Treuhandfonds geschaffen werden, um Produktion und Ausfuhr mit Mitteln der privaten AFJP Rentenkassen finanzieren zu können. Ein von der HSBC (Hong Kong and Shanghai Banking Corporation) geschaffener Treuhandfonds soll die Produktion der Landwirtschaft finanzieren, der andere, von der Deutschen Bank aus der Taufe gehobene, die Erdölexporte.

Die Treuhand der HSBC hat US\$ 7,2 Mio. aufgebracht, mit denen 300 Landwirte finanziert werden sollen. Ihre Anteile zahlen 7% im Jahr, ihre Laufzeit beträgt 210 Tage, mit im April, Mai, Juni und Juli abgestuften Fälligkeiten. Die Treuhand der Deutschen Bank wird rd. US\$ 12,5 Mio. verwalten, mit denen Ausfuhr von Pan American Energy und Tecpetrol vorfinanziert werden sollen. Die Laufzeit beträgt hier 180 Tage. Als Zinssatz wurden 5% bis 7% genannt.

Es handelt sich um zwei Möglichkeiten echter Kreditgewährungen am argentinischen Platz, die sich an von der Abwertung begünstigte Bereiche wenden. Die AFJP Rentenkassen, die etwa \$ 160 Mio. im Monat einnehmen, können rd. die Hälfte davon in Devisen wertgesichert investieren. Sie leihen Pesos zum Handleskurs des Dollar aus und erhalten bei den Fälligkeiten wieder Pesos, jedoch zum dann gültigen Kurs.

Die Aktiven, mit denen die Darlehen garantiert sind, sind beim Treuhandfonds der Deutschen Bank das Erdöl und bei dem der HSBC das Getreide mit Klimaversicherung, die gegen Dollarzahlungen ausgeführt werden.

portindustrie für dieselben aufgebaut werden. Die Erdgassteuern sollen durch 15 Jahre unverändert bleiben, ein zu schaffender Treuhandfonds soll die Finanzierung unterstützen, Investitionen und Ausfuhr sollen durch höhere Rückerstattungen, längere Fristen für die Ablieferung der Devisen, grössere Abschreibungen von Anlagen, usw., gefördert und der Transport mit der Erneuerung des Fahrzeugparks auf Pressgas umgerüstet werden. Dafür soll ein Sonderplan für über 10 Jahre alte Taxis und Remisewagen und über 5 Jahre alte Lkw geschaffen werden. Der Treuhandfonds soll einen einmaligen Staatsbeitrag von \$ 32 Mio. und 9% der Sitransguthaben von rd. \$ 40 Mio. im Jahr bis 2007, erhalten.

Das Schatzamt gab bekannt, dass 95% der Bankkredite der Schuldumwandlung vom letzten Dezember, in Höhe von rd. US\$ 9 Mrd., im Rahmen der von Regierung und Provinzen vorgeschlagenen Umprogrammierung verbleiben. Diese Darlehen wurden in Pesobonds auf 16 Jahre mit 3 Jahren Karenz, CER-Indexierung und 2% Jahresrendite umgewandelt. Das gewähre den Provinzen eine Finanz erleichterung von \$ 4,2 Mrd. im Jahr, da sie geringere Kapitalamortisationen bezahlen müssen. Die Bonds werden von dem Treuhandfonds für die Entwicklung der Provinzen ausgegeben und mit 15% der Provinzbeteiligungen an Nationalsteuern und gleichzeitiger Staatsgarantie abgesichert.

Nach u.a. Musimundo und Fredo stösst die Exxel Group weitere Aktiven ab. Die von Interbaires verwalteten Duty Free Shops werden von der Deutschen Bank für überfällige Kredite übernommen, die nun 80% von Interbaires hält. 20% gehören dem

argentinischen Staat. Die Alfajores-Kuchenfabrik Havanna soll als nächster Betrieb, ebenfalls von der Deutschen Bank für Kreditschulden, abgegeben werden.

Der vom Ombudsmann Mondino eingebrachte allgemeine Schutzrekurs gegen die Depositeneinfrierung, die Pesifizierung und die Umprogrammierung der Bankeinlagen, der bereits in 1. und 2. Instanz positive Urteile hatte, ist beim Obersten Gerichtshof eingebracht worden. Die Wirtschaftsführung hatte gegen die Urteile, die alle Bankkunden begünstigen, Berufungen eingelegt.

Die Regierung soll die Tarifierhöhungen beschlossen haben. Sie wird in den nächsten Tagen ein diesbezügliches Dekret erlassen. Die Erhöhungen werden je nach Unternehmen und Dienstleistung zwischen 9% und 15% betragen. Einschliesslich der Sozialtarife für die unteren Einkommenschichten sollen die Erhöhungen im Durchschnitt 10% betragen.

Der IWF hat die gestrige argentinische Fälligkeit von US\$ 141 Mio. verschoben. Der Beschluss wurde bei der IWF-Vorstandssitzung einstimmig angenommen.

Der Einzelhandelsverband CAME hat mit dem Verband der Kredit- und Zahlkartenunternehmen ATAYC ein Abkommen unterzeichnet, durch das die Provisionen bei Zahlkarten (tarjetas de débito) von 3% auf 2% gesenkt werden und bei Kreditkarten (tarjetas de crédito) die Forderung des Einzelhändlers gegenüber dem Kartenunternehmen übertragen werden kann. Dies soll so funktionieren, dass derje-

Siemens wieder im alten Hauptquartier

Der Zusammenbruch der Immobilienpreise hat Siemens Argentina veranlasst, den ursprünglichen Plan, die Verwaltungs- und Verkaufszentrale von ihrem Traditionssitz in der Innenstadt, Diagonal Sur Ecke Bolívar, komplett in das Werk an der Ruta 8 zu verlegen, zu ändern.

Immobilien können heute, nach der Abwertung, im Durchschnitt nur um 60% weniger als zum Zeitpunkt des Umzugsplanes veräußert werden. Siemens sei nicht bereit, sich von der Liegenschaft für weniger als US\$ 10 Mio. zu trennen. Ab Dezember wird deshalb eine schrittweise Rückkehr von bis zu 700 Mitarbeitern in das Traditionsgebäude erfolgen. Die durch den Abbau von etwa 2.400 auf 1.000 Mitarbeiter nicht mehr benötigten Büroräume sollen vorerst vermietet werden.

Die geplanten Spesenverringerungen wurden notwendig, da Siemens das Vorjahr mit \$ 337 Mio. Umsatz und \$ 1 Mio. Verlust abgeschlossen hatte und auch in diesem Jahr mit Verlusten rechnen muss. Die 300 Mitarbeiter Siemens Itron, die Siemens in Partnerschaft mit der Macrigruppe betreibt, werden weiter im Sitz in San Telmo bleiben, da der Umzug der Informatikanlagen Kosten in der Grössenordnung von US\$ 1,5 Mio. verursachen würde.

Die Standort-Umstrukturierung lässt die Vermietung von Teilen der der Liegenschaften, auch von Montageabteilungen, ratsam erscheinen. Durch die Globalisierung werden dort nur mehr Schalttafeln für mittlere Spannungen, Anruferkennungsgeräte und Analogtelefone hergestellt.

16.200 Zwangsversteigerungen möglich

Die Bankenverbände ABA und Abapra schätzen, dass etwa 16.200 säumige Hypotheken- und Pfandschulden exekutionsfähig sind. Die Banken hätten selbstverständlich nicht das geringste Interesse, den Besitz ihrer säumigen Kunden zu übernehmen. Sie wollen nach eigener Aussage weder Immobilienunternehmen noch Kfz-Agenturen werden.

Die Zahl der möglichen Versteigerungen ist eindrucksvoll, erreicht aber kaum die in den Medien gehandhabten über 53.000. Der Bankenverband ABA kommt auf 4.500 und Abapra auf weitere 11.700. An erster Stelle steht die Hypothekenbank mit 4.800 säumigen Schuldnern.

In der Vorwoche hatten die beiden Bankenverbände der Regierung vorgeschlagen, alle Zwangsversteigerungen bis nach dem 1.2.03 zu verschieben. Die Versteigerungen überfälliger Hypothekenschulden haben sich jedoch zum umstrittensten Zankapfel zwischen Regierung, Provinzgouverneuren und Gesetzgebern entwickelt, der dem vom IWF geforderten politischen Abkommen im Wege steht.

Um eine Einigung zwischen Regierungsfractionen und den Oppositionen zu erzielen, hat das Innenministerium von den Fraktionsvorsitzenden die Gesetzesvorlagen angefordert, die sie zu dem Thema eingebracht haben. Die UCR sei bereit, bei den Fristen nachzugeben, vorausgesetzt dass für Schuldner bis zu \$ 300.000 an Private oder Banken vorgeschrieben wird, dass vor der Zwangsversteigerung ein von einem Gericht ernannter Mittler eingeschaltet werden muss.

Mittlerweile hat der Oberste Gerichtshof gegen ein Urteil entschieden, das eine Zwangsversteigerung angeordnet hatte. Der Schuldner von US\$ 50.000 sei aus Gesundheitsgründen zahlungsunfähig.

nige, der einen Verkauf gegen eine Kreditkarte getätigt hat und die Zahlung vom entsprechenden Unternehmen binnen 18 Tagen erhält, per Internet die Forderung zu 70% an einen Dritten übertragen kann. Auf diese Weise können die Einzelhändler ihren Lieferanten zahlen. Diese Übertragungsorder kann nicht rückgängig gemacht werden. Der Lieferant kann seinerseits 90% des Betrages an einen Gläubiger übertragen. In jedem Fall wird das ursprüngliche Zahlungsdatum eingehalten. Durch dieses neue System wird eine neue Zahlungsmechanik geschaffen, wobei hier auch die Steuer auf die Kontokorrent- und Sparkontenbewegungen umgangen wird. CAME-Präsident Osvaldo Cornide erklärte, dies käme einem Gesamtkredit der Banken von \$ 500 Mio. für den Ein-

zelhandel gleich.

Das Wirtschaftsministerium hat eine Untersuchung über mögliche Unterfakturierungen bei Exporten durchgeführt und ist zum Ergebnis gekommen, dass diese gewaltig sind. Das soll erklären, warum dieses Jahr trotz Abwertung und guter Preise für Getreide und Ölsaaten, sowie deren Industrieerzeugnisse (vornehmlich Speiseöl und Sojamehl) der Export in 9 Monaten nur US\$ 19 Mrd. erreichte, gegen US\$ 20,46 Mrd. in der gleichen Vorjahresperiode. Die festgestellten Preisdifferenzen reichen bis 50% bei Fischereiprodukten. Bei Rohöl wurden eine Preisdifferenz von 33,8% ermittelt, bei Baumwollfasern von 18,3% und bei Mais von 3%. Bei Getreide und Ölsaaten stehen beim Zollamt Referenz-

preise, so dass die Möglichkeit der Unterfakturierung begrenzt ist. Hingegen lassen sich bei Rindfleisch die Arten und Qualitäten schwer bestimmen, was hohe Preisunterschiede erlaubt, ebenso wie bei Fischereiprodukten. Die Unterfakturierung wird durch den Exportzoll von 20% angespornt, wobei bei Industrieerzeugnissen, die diesen Zollsatz nicht zahlen, aber eine Rückvergütung erhalten, ein Anreiz zur Überfakturierung besteht.

Das Landwirtschaftssekretariat rechnet damit, dass dieses Jahr insgesamt um die 1.500 Milchbauern aufgeben, die Kühe verkaufen und sich dem Anbau von Sojabohnen oder einer anderen landwirtschaftlichen Tätigkeit zuwenden. Es wird angenommen, dass die Milchproduktion dieses Jahr um 15% auf 8 Mrd. Liter sinkt. Dies hat sich vorläufig nicht auf die Versorgung des Binnenmarktes ausgewirkt, weil der pro-Kopf-Konsum von 220 auf 170 Liter pro Jahr gesunken ist. Produktionsminister Aníbal Fernández hat ein Programm zur Stützung der Milchwirtschaft ausgearbeitet, das dem Kongress vorgelegt werden soll.

Telefónica de España hat die Schirmherrschaft für ein mit dem argentinischen Ausussenministerium, dem Staatssekretariat für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes), und der Exportar Stiftung organisiertes Treffen in Spanien übernommen. An demselben werden 21 argentinische Pymes der Textil-, Baumaterial-, Lebensmittel-, Leder-, Autozuliefer- und Möbelbranchen teilnehmen, um Exportgeschäfte anzubahnen.

Nach 10 Monaten harter Devi-

senbewirtschaftung will die Wirtschaftsführung dieselbe versuchsweise flexibilisieren. Mit der Kapitalgütereinfuhr soll nach ZB-Mitteilung A 3.811 begonnen werden. Ab dem 9.2.02 durften nur 30% für Einfuhren bis zu US\$ 200.000 überwiesen werden. Der Rest musste vom Ausland auf mindestens 360 Tage finanziert sein. Jetzt dürfen Einfuhren bis US\$ 20.000 voll bezahlt werden. Innerhalb von 120 Tagen muss ihre Zollabfertigung belegt werden. Bei Einfuhren für US\$ 20.000 bis 100.000 können 30% des FOB-Wertes vor der Verschiffung bezahlt werden. Der Rest mindestens 90 Tage nach der Verschiffung. Desgleichen bei Einfuhren bis US\$ 200.000, bei denen 70% der Preises erst 180 Tage nach der Verschiffung beglichen werden können. Für Einfuhren über US\$ 200.000 besteht noch keine Flexibilisierung.

Im 3. Quartal 02 wurden im Vorquartalsvergleich um 72,1% mehr Computer verkauft, wie Trends Computing/IDC bekanntgab. Gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal beträgt der Rückgang 80,4%. Juli/September 02 wurden 42.583 PCs abgesetzt, davon 40.311 Desktops (+75%) und 2.273 Notebooks (+34,6%). Der Absatz von Druckern stieg im Vorquartalsvergleich um 34% und fiel im Vorjahres-Quartalsvergleich um 89,5%.

Chile hat das Verbot für Fleischimporte aus Argentinien aufgehoben. Allerdings haben nur 4 hiesige Schlachthöfe eine Bewiligung um nach Chile zu liefern. Chile ist für Argentinien ein Rindfleischmarkt für US\$ 100 Mio. im Jahr.

tär den Rotstift spitzen wird. Das verheisst ein Gerangel namens der Lobbies, die sich stets dagegen wehren, dass ihre Etatposten gestrichen werden. Wirtschaftsminister Lavagna geht dem Kampf um Etatposten vorerst aus dem Wege, indem er sich mit Finanzsekretär Guillermo Nielsen auf eine Europatournee begibt. Dort wird freilich nicht mit den Fondsbeamten verhandelt, sondern es mögen höchstens die Meinungen der politischen Beamten in den betreffenden Finanzministerien beeinflusst werden, damit ihre Vertreter im Fondsdirektorium geneigt seien, gegebenenfalls für das Standby-Abkommen mit Argentinien zu stimmen und keine ernsthafte Opposition zu üben, was abzuwarten bleibt.

● Die steuermässigen Freizügigkeiten der sogenannten Wettbewerbsabkommen, die 2001 vom damaligen Wirtschaftsminister Cavallo eingeführt wurden, sind zu streichen. Es geht dabei um Unternehmerbeiträge auf die Lohnsummen und die erlassene Steuer auf mutmassliche Gewinne a Konto der Gewinnsteuer von 1% des Unternehmenskapitals, die 2003 zu neuem Leben erweckt wird. Das wird vor allem zahllose Unternehmen hart treffen, die 2002 mit Verlust abschliessen. Die Steuer wurde 1996 eingeführt, nachdem festgestellt worden war, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen argentinischen Kapitals Jahr für Jahr Verluste auswiesen, obwohl die Wirtschaft damals blühte und kräftig wuchs. Die vermutete Steuerhinterziehung sollte durch diese Steuer etwa zur Hälfte eingetrieben werden, weil sie auf das Bilanzkapital berechnet wurde. Echte Bilanzverluste waren die Leidtragenden, weil sie die Steuer auch entrichten mussten. Lavagna hatte den Streit mit den Fondsbeamten in der Vorwoche verniedlicht, als er meinte, es handle sich nur um eine philosophische Diskussion. Dabei haben Steuerhinterziehungen herzlich wenig mit Philosophie zu tun, wohl aber mit den Verhaltensweisen in einer Gesellschaft.

● Künftig darf die Exekutive keine Steuermoratorien mehr per Dekret erlassen. Der Senat billigte am Donnerstag die entsprechende Vorlage, die die Deputiertenkammer schon verabschiedet hatte. Künftig dürfen Steuermoratorien nur noch vom Kongress ermächtigt werden. Das Verbot soll die landesübliche Praxis zahlloser Steuerverantwortlicher verhindern, die in Verzug geraten und

erwarten, dass sie dank eines Moratoriums billiger davon kommen, wobei die jeweilige Regierung sich nach der Verkündung des Moratoriums mit den Mehreinnahmen brüstet. Im Kongress soll das angeblich nicht so einfach sein, weil immerhin eine Diskussion heraufbeschworen wird, statt dass das Moratorium in Amtszimmern diskussionslos gebilligt wird. Pünktliche Steuerzahler, die es in Argentinien auch gibt, monieren die Moratorien stets als eine Diskriminierung zu ihren Lasten.

● Das mit einem Veto bedachte Gesetz, das die Tilgung von Steuerschulden mit allerlei billigen Staatsbonds zulies, darf nicht vom Kongress mit zwei Dritteln der Stimmen überrumpelt werden, sondern muss bleiben. Schulden dürfen künftig nur mit Bodengebonds und Cedro-Depositenzertifikaten bezahlt werden, wobei die Gläubiger weitgehend Privatpersonen sind. Die Tilgung mit billigen Bonds bedeutet im Klartext, dass das Schatzamt vorzeitig Schulden bezahlt. Das steht in deutlichem Gegensatz zum Kasendefizit, das immer noch besteht.

● Die defizitären Provinzen müssen mit der Nationalregierung Abkommen zur Abschaffung des Defizits per 2004 vereinbaren. Das vorjährige Defizit von über \$ 6,0 Mrd. muss 2002 um 60% abgebaut werden und soll 2003 sukzessive ausscheren. Die Provinzbonds, die als Falschgeld umlaufen, sind gegen Pesos umzutauschen. Die Regierung der Provinz Córdoba hat mit einem Vorschuss der Zentralbank an die Provinzbank zuhanden der Regierung bereits damit begonnen. Dem Fonds wird nachgesagt, dass im anvisierten Standbyabkommen eine Finanzierung von angeblich US\$ 1,5 Mrd. vorgesehen sei.

● Als Ausnahme beschlossen Regierung und Gouverneure, dass die 2prozentige Senkung des MwSt-Satzes von 21% auf 19% vom 18. November bis Mitte Januar voll zu Lasten der Nationalregierung geht. Das bedeutet, dass die Nationalregierung für mindestens \$ 100 Mio. aus der eigenen Tasche aufkommen muss, um die Gliedstaaten schadlos zu halten. Gouverneur Reutemann von Santa Fe hatte Einspruch erhoben, als die Nationalregierung die Steuer senkung verkündete, weil er zu Recht befürchtete, dass die Beteiligung seiner Provinz an der MwSt. geringer ausfallen würde. Der Fonds hat sich offiziell nicht zu dieser grosszügigen Spende der

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Harte Fondsaufgaben

Wirtschaftsminister Lavagna wollte der Öffentlichkeit vorgaukeln, dass die Verhandlungen mit dem Fonds, zumal die sogenannten technischen Aspekte, lies Fiskal- und monetäre Ziele, bereits im vergangenen August abgeschlossen waren, so dass nur Einigkeit über andere Themen ausstand.

Mehrere der zwölf Punkte des Abkommens, das Präsident Duhalde mit 21 von 24 Gouverneuren am vergangenen Montag in der Residenz von Olivos vereinbart hat, beziehen sich auf die Auflagen des Fonds zwecks Abschluss eines Standby-Abkommens. Dadurch erfährt die Öffentlichkeit, dass es mit der angeblichen Einigkeit in technischen Aspekten Essig war. Es fehlen offensichtlich noch wichtige Fiskalauflagen, die Lavagna dem Plenum in Olivos unterbreitet hat und die gebilligt worden sind. Sie müs-

sen nun nachvollzogen werden. Es geht dabei um folgende Punkte:

● Das Haushaltsgesetz für 2003 ist vor Jahresende zu verabschieden. Der Haushaltsausschuss der Deputiertenkammer, in der die Vorlage von der Exekutive eingebracht worden ist, hat die Arbeit sogleich aufgenommen. Dabei sind harte Verhandlungen zu erwarten, wenn die nachfolgenden Punkte erfüllt werden.

● Im Haushalt 2003 sind Ausgaben von \$ 3,5 Mrd. vorerst zu streichen, die die Exekutive ohne Angabe der Zweckbestimmungen eingebaut hatte, damit sie allenfalls von der gewählten Regierung ausgegeben werden. Das wird künftig von den Steuereinnahmen abhängen. Schuldenmacherei ist nicht gestattet.

● Des weiteren muss im Haushalt 2003 \$ 1,0 Mrd. eingespart werden, so dass der Schatzsekre-

Regierung zugunsten der Steuerzahler und Konsumenten geäussert. Ob die gewünschte Expansion der Umsätze einsetzen wird, bleibt skeptisch abzuwarten.

Zu diesen fiskalisch harten Fondsbedingungen, die nachzuvollziehen sind, kommen Auflagen anderer Art hinzu, die ebenfalls im Abkommen von Olivos aufgezählt sind.

● Eine Bankenreform unbekanntes Inhalts soll dafür sorgen, dass der Verkauf von Bankaktiven zu angemessenen Bewertungen erleichtert wird, der von Aufsehern („vedores“) überwacht werden soll. Die Aufsichtsbeamten der Zentralbank sollen nicht diskriminiert werden oder an ihrer Arbeit „bona fide“ behindert werden, wobei die Rechte der Käufer abgesichert werden sollen. Diese Umschreibung heisst im Klartext, dass ZB-Beamten der Aufsichtsbehörde, Spanisch „superintendencia de entidades financieras“, nicht vor Gericht zu belangen sind, sofern sie im Rahmen ihrer Befugnisse marode Banken liquidieren. Bisher wurden sie von den gescheiterten Bankiers vor Gericht angeklagt und vielfach von den Richtern prozessiert, weil sie Rediskonte erteilt hatten und die begünstigten Banken trotzdem Konkurs anmeldeten, ebenso umgekehrt weil sie die Vorschüsse verweigert hatten, so dass die Banken liquidiert werden mussten. Auf Spanisch wird dieser bizarre Widerspruch mit dem Sprichwort gekennzeichnet „palo porque bogas y palo porque no bogas“.

● Das seit Jahresbeginn von Politikern und Lobbies zu Händen verschuldeter Unternehmen umstrittene Konkursgesetz darf nicht zugunsten der Schuldner reformiert werden. Dieser Zankapfel wurde von Deputierten als Pfand gegen die Billigung des Wahlkalenders eingesetzt, ohne dass eine Lösung gefunden worden wäre. Hierüber ist ein Gerangel zwischen Regierung und Parlamentariern unterwegs. Das Abkommen der Exekutive mit den Banken, wonach letztere Betreibungen von Hypothekar- und Pfandschulden bis zum 1. Februar 2003 aufschieben, soll vom Kongress ratifiziert werden. Die Steuerbehörde AFIP wird angehalten, mit Informationen über die Schuldner aufzuwarten.

Das Abkommen von Olivos wurde im Fonds zu Washington gut aufgenommen. Der Fondssprecher Thomas Dawson lobte das Abkommen in Erwartung, dass es auch nachvollzogen wird,

monierte aber die Nichtzahlung der Kapitalfälligkeit von US\$ 726 Mio. Dollar an die Weltbank in der Vorwoche, die die Verhandlungen mit dem Fonds komplizieren. Diese Formulierung ist eine freundliche Umschreibung der Tatsache, dass der Fonds kein Abkommen mit der Regierung vereinbaren wird, solange die Fälligkeit mit der Weltbank unbezahlt bleibt. Letztere ist eine Schwesteranstalt des Fonds. Die Weltbank foderte in einem Brief an die Regierung die pünktliche Zahlung der Fälligkeiten. Finanzsekretär

Lavagna: Ende der Rezessionswelle

Wirtschaftsminister Roberto Lavagna wies an Hand der offiziellen Zahlen über die Entwicklung der Wirtschaft darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2002 über dem des 2. liege, wobei dieses schon grösser als das erste war und er jetzt eine weitere Besserung im 4. Quartal erwarte. Streng genommen handelt es sich für die ersten zwei Quartale um die

Monat 2002	Gegen Vormonat (saisonbereinigt)	Gegen gleichen Vorjahresmonat	Kumuliert gegen gleiche Vorjahresperiode
Januar	-2,2	-16,9	-16,9
Februar	-0,3	-15,5	-16,2
März	-1,9	-16,6	-16,3
April	0,1	-14,6	-15,9
Mai	2,3	-12,5	-15,2
Juni	-0,6	-13,6	-14,9
Juli	-1,0	-11,7	-14,4
August	1,0	-11,4	-14,1
September	-0,5	-8,0	-13,4

Nach dieser Statistik würde das 3. Quartal unter dem 2. liegen. Indessen hat das Wirtschaftsministerium hier eine kleine Änderung vorgenommen, bei Berücksichtigung anderer Zahlen, so dass das Quartal um 0,5% über dem vorangehenden liegt. Am Platz ist von einem „kleinen Sommer“ (veranito) die Rede, was Lavagna jedoch zurückweist, weil damit in der Klimatologie eine Hitzeperiode im Winter oder Frühling gemeint ist, der erneut Kälte folgt. Hier handelt es sich nach Auffassung des Ministers um den Beginn der Erholungsphase.

Die Bäume wachsen bekanntlich nicht in den Himmel, und die Wurzeln auch nicht bis zur Erdmitte. Der Rutsch nach unten war schon so gewaltig, dass es logisch erscheint, wenn schliesslich die Talsohle erreicht worden ist. Ab dem 2. Quartal 1998, als der Höhepunkt erreicht wurde, ist das BIP um etwa 20% gesunken. Es wäre somit eine Zunahme von 25% notwendig, um jenen Stand wieder zu erreichen. Wenn man berücksich-

Nielsen bestätigte die Einstellung der Regierung, keine Fälligkeiten der Schulden an die drei Washingtoner Finanzanstalten zu bezahlen, ehe ein Abkommen mit dem Fonds vereinbart ist. Das verheisst gegebenenfalls ein formelles Default mit dem Fonds, der Weltbank und der BID.

Minister Lavagna dementierte die Meldung, dass nächste Woche eine technische Fondsmission in Buenos Aires landen wird und stellte weitere Verhandlungen in Aussicht, vorerst ohne ein glückliches Ende in absehbarer Zeit.

traditionelle BIP-Berechnung und für das dritte um einen Index, der mit den kurzfristig verfügbaren Daten zusammengestellt wird, der nicht stark vom BIP abweichen sollte. Dieser Index wurde auf Anweisung von Lavagna unlängst eingeführt.

Die Entwicklung war im Laufe des Jahres wie folgt (Veränderungen in %):

tigt, dass in über vier Jahren weiter investiert wurde, sehr viel Technologie eingesetzt wurde (vor allem auf dem Gebiet der Informatik und der Biotechnologie) und dass auch die menschlichen Ressourcen zugenommen haben, solle es nicht so schwierig sein, stark zu wachsen. Das erfordert unter diesen Umständen minimale Investitionen. Dennoch sind die meisten Wirtschaftsexperten bei ihren Wachstumsprognosen vorsichtig und wagen es nicht, auf hohe Raten zu tippen, wie sie bei sogenannten Wirtschaftswundern vorkommen. Die meisten meinen daher, dass viele Jahre vergehen werden, bis der Stand von Mitte 1998 wieder erreicht wird. Man sollte indessen die optimistische Möglichkeit nicht ausschliessen, dass dies in relativ kurzer Zeit erreicht wird. Denn ebenso wie dieses Jahr unendlich viel wirt-

schaftspolitische Dummheiten begangen wurden, sollte man hoffen können, dass als Ausgleich nun der Turnus für viele richtige Entscheidungen kommen sollte.

Lavagna dürfte mit seinem Optimismus recht haben, obwohl es sich gewiss auch um Zweckoptimismus handelt. Das ist gut so, da eine positive Stimmung geschaffen werden muss, damit die Menschen beginnen, so zu handeln, wie wenn sie die Erholung für Nummer sicher halten und dadurch mit ihrem Handeln dazu beitragen, dass es so kommt. Abgesehen davon gibt es bei den Statistikern bei einer so drastischen Änderung der relativen Preise und der Wirtschaft überhaupt, gelegentlich Kurzschlüsse, die zu Fehlern verleiten. Denn Grossunternehmen, die statistisch gut erfasst werden (Kfz-Fabriken, Bauwirtschaft, u.a.), hat die Rezession voll getroffen, während viele Kleinbetriebe eine gute Konjunktur durchmachen. Das bezieht sich auf Fabriken, die Importprodukte ersetzen, auf Reparaturwerkstätten verschiedener Art, auf Tourismusdienste u.s.w. Diese Tätigkeiten werden unmittelbar schlecht erfasst, besonders wenn es sich um solche handelt, die im Landesinneren in Dörfern ausgeübt werden.

Die Ernte von Getreide und Ölsaat 2001/02 stellt einen Rekord von 70 Mio. t dar, wobei die Preise auf dem Weltmarkt gestiegen sind und der Anteil an Sojabohnen zugenommen hat, die einen höheren Preis als Weizen und Mais haben. Für die Periode 2002/03 wird mit einem neuen Rekord von 72,5 Mio. t gerechnet, nachdem die Saatfläche grösser als im Vorjahr ausfallen wird und weiterhin mit ausreichenden Regenfällen gerechnet werden kann. Zudem entwickelt sich auch die Rinderwirtschaft und die Fleischindustrie positiv, ebenso wie der Bergbau, die Forstwirtschaft, die Holzindustrie und die Erzeugung von Zellulose und Papier, desgleichen die Zuckerwirtschaft, die Erzeugung von Aluminium, von petrochemischen Produkten, die Textilindustrie und ein Teil der Metallverarbeitung. Das sollte ausreichen, um eine neue Aufschwungsphase einzuleiten. Ob diese dann langsam vor sich geht oder eine baldige Beschleunigung erlebt, sei vorerst dahingestellt.

Süsser Honig

Im Vorjahr erreichten die Imker der USA, dass ihre Regierung auf Betreiben der Verbandslobby

argentinische Honigliefereien mit Strafzöllen belegte, nachdem ihnen unterstellt worden war, dass

sie Dumping betreiben. Der Vorwurf ist keinesfalls gerechtfertigt, weil Argentinien rund 90% der Honigproduktion exportiert, so dass der Exportpreis auch gleich dem Inlandspreis ist. Die Regierung subventioniert den Honig keinesfalls, sondern belastet ihn vielmehr mit Exportzöllen. Der US-Vorwurf basierte auf der Tatsache, dass die meisten Verkäufe der Imker weder Mehrwert- und Bruttoumsatzsteuern noch Sozialbeiträge bezahlen. Die MwSt. entfällt beim Export und wird an dessen Lieferanten rückerstattet. Andere indirekte Inlandssteuern geniessen ebenfalls den pauschalen Vorzug der Rückerstattung beim Export, die von der WHO, vormals GATT, als rechtens zugelassen ist.

Die Folge jener Strafzölle war Mitte 2001 der Zusammenbruch der Exporte nach USA, wo Argentinien 2000 mit 45.010 t grösster Lieferant vor China mit 26.633 t und Kanada mit 12.963 t gewesen war. Im Jahr 2001 fiel der Export auf 20.472 t zurück, allerdings

immer noch Lieferspitze vor China mit 17.825 t und Kanada mit 10.825 t, wobei der Gesamtimport in USA von 89.883 t 2000 auf 65.749 t 2001 schrumpfte. Im laufenden Jahr versiegte der Honigimport in USA aus Argentinien. Die Imker und ihre Lobby hatten ihr Ziel erreicht.

Trotzdem blühte der Honigexport munter weiter, allerdings nicht mehr nach USA. Deutschland führt seit Jahren als weltweit grösstes Honigimportland vor USA, Japan, Grossbritannien und Frankreich. Hinzu kam unlängst das deutsche Importverbot chinesischer Honigliefereien, die mit nicht zugelassenen Antibiotika behandelt worden waren, so dass argentinischer Honig für den Ausgleich aufkam. Desgleichen verzeichnete Deutschland als Honigland weltweit den grössten Rückgang von Bienenstöcken von ganzen 21% in den letzten zehn Jahren, gefolgt von Australien mit 12% und Kanada mit 2%, wogegen Argentinien 23% zulegte, gefolgt von USA mit 13%, China

und Mexiko mit je 12%.

Dieser struktureller Wandel bewirkte auch mehr als 30% höhere Honigpreise, insbesondere für Qualitätshonig. Letzterer wird bewertet nach Geschmack, Farbe, Sicherheit, Behälter, Reinheit und Kristallisierung, bei deren Gesamtindikatoren argentinischer Honig mit einem Durchschnitt von 9,0 Punkten weltweit führt, gefolgt von Kanada mit 8,8, China mit 7,9 und USA mit nur 4,45 Punkten. Eine kanadische Studie hat diese Ergebnisse ermittelt.

Als grösstes Exportland der Welt überrundete Argentinien sogar China, das die grösste Produktion verzeichnet. Allein in den ersten zehn Monaten 2002 wurden 72.000 t argentinischen Honigs für über US\$ 90 Mio. exportiert, so dass Fachkreise für das Kalenderjahr 2002 mit einem Exportwert von über US\$ 100 Mio. rechnen, nachdem der Preis von US\$ 96 Cents auf US\$ 1,30 je kg gestiegen ist.

Diese überraschende Exportleistung bei mangelndem Kredit ha-

ben rund 25.000 Imker im ganzen Land erreicht, deren Produktion von wenigen Händlern eingebracht und gelagert wird, teilweise en gros zur Mischung in Übersee und teilweise bereits verarbeitet und für den Konsum verpackt, damit sie ins Ausland speidiert wird. Langsam setzen sich Qualitätskontrollen vor Ort bei den Imkern durch, damit auch sukzessive die Schwarzwirtschaft ohne Belege mit Barzahlungen, vielfach sogar in Dollarscheinen, durch normale Geschäftsabwicklungen ersetzt wird, die den Imkern einige Mühe bereiten. Die meisten Bienenzüchter sind Kleinbauer auf eigenem Land oder Selbstständige, die auf fremdem Land ihre Bienenstöcke bearbeiten und eine bescheidene Pacht entrichten, und auch die Bienenstöcke gelegentlich an Landwirte vermieten, um die Blüten der Weiden zu befruchten. Für andere Landwirte handelt es sich um eine bescheidene Nebeneinnahme, die zum normalen Getreide- und Viehzuchtgeschäft beiträgt.